Stand: 13.07.2025 07:41:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4951

"Kommunen schlagen Alarm: Kita-Ausbau gerät ins Stocken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/4951 vom 26.11.2019
2. Beschluss des Plenums 18/5118 vom 27.11.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 27.11.2019

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 26.11.2019 **Drucksache*** 18/**4951**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Klaus Adelt, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Inge Aures, Alexandra Hiersemann, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Kommunen schlagen Alarm: Kita-Ausbau gerät ins Stocken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Sonderinvestitionsprogramm für Kinderbetreuung fortzuführen und im Entwurf für den Nachtragshaushalt 2020 Mittel für zusätzliche 30.000 Plätze einzuplanen.

Begründung:

Der Ministerrat hat am 03.09.2019 für das Sonderinvestitionsprogramm zur Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren eine Erweiterung um 8 000 auf 50 000 Plätze beschlossen, obwohl bereits Anfang September Anträge für rund 23 000 zusätzliche Plätze vorlagen. Das Programm war also von Anfang an dreifach überzeichnet. Hier zeigt sich wieder deutlich, dass die Staatsregierung den drängenden Aufgaben der Zeit hinterherhinkt. Viele Städte und Gemeinden schlagen jetzt Alarm, da keine Förderzuschläge mehr bewilligt werden. Der Ausbau der Kindertageseinrichtungen gerät ins Stocken, weil die Finanzierung der Bauprojekte mit hohem Investitionsbedarf nicht gesichert ist (vgl. Pressemitteilung des Bayerischen Städtetags vom 19.11.2019). Auch die kommunalen Spitzenverbände sehen hier den Freistaat in der Verantwortung und erwarten eine Fortführung des Programms. Es ist nicht hinnehmbar, die Kommunen mit diesen Herausforderungen alleine zu lassen.

Die Planung der Staatsregierung war völlig unzureichend. Es geht hier um eine Weichenstellung für die Zukunft des Landes. Die Staatsregierung hat die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen. Es ist unzumutbar, dass Eltern in Angst leben müssen, weil sie nicht wissen, ob sie für ihr Kind einen Kita-Platz bekommen. Es braucht hier endlich einen großen Wurf statt der derzeitigen Salami-Taktik, ein paar Plätze einzuplanen, die eh längst beantragt sind. Völlig zu Recht stellt der Präsident des Städtetags, Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl (CSU) dazu fest: „Eltern und Kommunen erwarten, dass der Freistaat für Planungssicherheit sorgt und die Kontinuität der Förderung für neue Kitaplätze garantiert.“

Es ist daher dringend erforderlich, dass das Sonderinvestitionsprogramm fortgeführt wird. Dabei sollten Mittel für zusätzliche 30 000 Plätze eingestellt werden, damit eine planbare und verlässliche Förderung sichergestellt ist.

** weitere Antragsteller*

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 27.11.2019 **Drucksache** 18/**5118**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Klaus Adelt, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Inge Aures, Alexandra Hiersemann, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/**4951**

Kommunen schlagen Alarm: Kita-Ausbau gerät ins Stocken

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Klaus Adelt
Abg. Johannes Becher
Abg. Thomas Huber
Abg. Jan Schiffers
Abg. Johann Häusler
Abg. Doris Rauscher
Abg. Julika Sandt
Staatssekretärin Carolina Trautner

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)
Kommunen schlagen Alarm: Kita-Ausbau gerät ins Stocken (Drs. 18/4951)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sonderinvestitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" bis 31.08.2020 sicherstellen - Kita-Ausbau vorantreiben (Drs. 18/4970)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Hier wartet schon der erste Redner, Klaus Adelt für die SPD. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Klaus Adelt (SPD): Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zeit ist knapp, deshalb kurz und knackig zum Thema: Es geht um die immer noch unzureichende Finanzierung der Kitaplätze. Die Kollegin Rauscher hat im Januar 2019 und im Juli 2019 auf die fehlende Mittelausstattung hingewiesen und entsprechende Anträge gestellt, die von der CSU abgelehnt worden sind. Es ist eine ständige Flickschusterei. Letztmalig wurde beim kommunalen Finanzausgleich von den kommunalen Spitzenverbänden die Menge des Geldes, die zur Verfügung steht, bemängelt. Man muss die Staatsregierung offensichtlich zum Jagen tragen. Aber das Immer-wieder-in-die Wunde-Legen des Fingers hat Erfolg gehabt: Gestern war unser Antrag gerade druckfertig gewesen, als die Staatsregierung verkündet hat, dass sie die Mittel aufstocken will.

In der Vergangenheit ist man stets hinterhergehinkt: Man hat die Finanzierung für neue Plätze zur Verfügung gestellt, aber bereits zum Zeitpunkt der Bekanntgabe war das schon obsolet, weil die Anträge das Volumen überzeichnet haben.Zwei Gemeinden sollen beispielhaft dafür stehen: In der Stadt Erlangen mit Florian Janik an der Spitze baut man einen Kindergarten mit einer Lern- und Spielstube. Durch den Ausfall

der Förderung werden Mindereinnahmen in Höhe von 2,3 Millionen Euro befürchtet. Der Bürgermeister forderte deshalb, dass die Antragsfrist bis August 2020 verlängert wird. Einen Monat später wurde ihm mitgeteilt, dass die bisherigen Mittel nicht mehr ausreichten und er mit keiner Förderung rechnen könne. Mit dieser Antwort hatte er nicht gerechnet. Das darf nicht sein; denn unsere Kommunen brauchen Verlässlichkeit beim Ausbau der Kitaplätze.

(Beifall bei der SPD)

Sie dürfen nicht im Unklaren gelassen werden.

Ein Kollege von Florian Janik, der über alle Parteipolitik erhabene Kurt Gribl aus Augsburg, schreibt Ihnen dazu Folgendes ins Stammbuch:

> Eltern und Kommunen erwarten, dass der Freistaat für Planungssicherheit sorgt und die Kontinuität der Förderung für neue Kitaplätze garantiert. Der Bayerische Städtetag bittet die Staatsregierung, das vor Kurzem erhöhte – aber bereits wieder ausgeschöpfte – Sonderförderprogramm […] mit zusätzlichen Landesmitteln auszustatten und eine Anschlussförderung vorzusehen. Ansonsten werden die Erfordernisse der Lebenswirklichkeit nicht gedeckt und die Erwartungen von Eltern enttäuscht.

Herr Kurt Gribl hat eindeutig recht; da gibt es gar nichts.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen auch Anträge berücksichtigen, die vor September 2019 gestellt wurden. Bisher ist es halt Stückwerk.

Ich habe bereits erwähnt, was wir in dem Antrag fordern, der Ihnen heute vorliegt. Per Kabinettsbeschluss wurden schnell noch ein paar Milliönchen zur Verfügung gestellt. Es sollen jetzt insgesamt 135 Millionen Euro sein; aber das Geld reicht nicht aus.

Meine Damen und Herren, das Geld ist da; der große Meister hat es heute früh verkündet. Bayern hat das Geld, auch wenn Minister Aiwanger, wie wir gehört haben, es am liebsten mit der Konfettikanone in die Luft schießen würde. Es ist für die Kitaplätze zu verwenden, mit allem Drum und Dran!

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Angesichts der gestiegenen Kosten im Hochbau sind auch diese Mittel zu erhöhen, damit die Kommunen verlässlich bauen können.

Die GRÜNEN haben einen ähnlichen Antrag gestellt; deshalb werden wir ihm zustimmen.

Wir wollen jetzt die Grundlage für 30.000 zusätzliche Kitaplätze schaffen und bitten um Zustimmung. Alle Anträge, auch rückwirkend, sind zu berücksichtigen. Hier geht es um unsere Kinder und unsere Familien. Das sage ich als Junggeselle mit voller Inbrunst: Wir müssen uns um unsere Kinder und unsere Familien kümmern. Wir dürfen die Kommunen nicht im Regen stehen lassen; sie müssen sich sicher sein, dass ihre Kitaplätze wie bisher gefördert werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unseren Anträgen. Ich hoffe, dass ich das zum letzten Mal tun musste. Seht es halt endlich ein!

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Ich gebe hiermit bekannt, dass die AfD-Fraktion hinsichtlich des Dringlichkeitsantrags unter Ziffer 6 dieses Tagesordnungspunktes, Drucksache 18/4973, sowie hinsichtlich der Anträge unter den Listennummern 29 und 37 der Anlage zur Tagesordnung jeweils namentliche Abstimmung beantragt hat.

(Unruhe)

Nächster Redner ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Johannes Becher. Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

(Anhaltende Unruhe)

Ich darf allgemein um etwas mehr Ruhe bitten.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die paar namentlichen Abstimmungen heute Nacht bringen wir auch noch herum. Man hätte nicht jeden Antrag hochziehen müssen; aber so ist es halt. Wir halten durch. Man sieht: Es ist ein volles Haus. Vielen Dank dafür!

Thema unseres Dringlichkeitsantrags ist das Sonderinvestitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung (2017 bis 2020)". Zunächst einmal ist positiv festzustellen, dass der Bund Bayern 178 Millionen Euro zur Verfügung stellt, um neue Betreuungsplätze zu schaffen. Dieses Geld reicht aber halt nur für 42.000 Plätze aus.

Daraufhin hat die Staatsregierung in der Kabinettssitzung am 3. September 2019 beschlossen, diese Mittel mit Landesmitteln aufzustocken, um 50.000 Plätze finanzieren zu können und – das ist ganz interessant – die Antragsfrist um ein Jahr, bis zum 31. August 2020, zu verlängern.

Es ist grundsätzlich eine gute Idee, das Geld in den Kita-Ausbau zu investieren. Leider ist es in der Umsetzung schlecht gemacht; denn in dem Moment, als man auf 50.000 Plätze aufgestockt hat, waren schon Anträge für über 60.000 Plätze eingegangen. Das heißt, das Geld hat schon in dem Moment, als man die Aufstockung verkündet hat, nicht mehr ausgereicht. Die Kommunen – das kann man einfach feststellen – treiben den Kita-Ausbau schneller voran, als die Staatsregierung es sich vorstellen kann.

Gestern haben wir die Pressemitteilung bekommen, dass noch einmal aufgestockt wird, nämlich auf 63.500 Plätze; die Staatsregierung korrigiert sich also. Der Städtetag hat in seiner Pressemitteilung einen ganz interessanten Satz stehen. Er hat geschrie-

ben: Alle bis zum 31. August 2019 eingegangenen Anträge werden laut Sozialministerium gefördert. – Und was ist mit den anderen Anträgen? Sie haben doch die Antragsfrist bis zum 31. August 2020 verlängert.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

Das heißt, neue Anträge, die jetzt gestellt werden, erhalten keine Sonderförderung mehr.

(Zuruf von der CSU: Wenn das Geld aus ist, ist es aus!)

– Ja, ich möchte es Ihnen bloß noch einmal sagen. – Heute habe ich mit den Verantwortlichen einer Kommune telefoniert. Sie haben sich auf die Aussage des Sozialministeriums verlassen, dass die Antragsfrist um ein Jahr verlängert werde. Jetzt hören sie: Selber schuld! Besten Dank, sagen die Kommunen. Sie haben nicht gehudelt, das heißt nicht ganz schnell den Antrag gestellt; denn das hatte es ja nicht gebraucht. Sie haben sich darauf verlassen, bis zum 31. August 2020 den Antrag stellen zu können. Tatsächlich aber ist das Geld verfrühstückt, und die Kommunen gehen leer aus. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Antrag der SPD, den Deckel noch einmal zu erhöhen, geht natürlich in die richtige Richtung. Aber es ist wieder ein Deckel. Dann geht das Geld vielleicht im Januar, Februar oder März aus; ich weiß es nicht. Wenn die Kommunen weiterhin so fleißig beantragen, wird es wahrscheinlich nicht länger reichen.

Deshalb sage ich ganz klar, was meine Erwartung ist: Wenn sich eine Kommune innerhalb der Frist bewirbt und die Förderkriterien erfüllt, dann muss sie eine Förderung erhalten. Wir wollen keine Obergrenze und keinen Deckel beim Kita-Ausbau.

Jetzt werden Sie sagen, das koste Geld. Ja, das stimmt. Das sind nicht nur ein paar Milliönchen, sondern das ist einiges an Geld, was wir aufbringen müssen. Das kommt

auf uns zu. Ich bin der Meinung, das Geld ist in den Kita-Ausbau deutlich besser investiert als in Gebührenzuschüsse. Da reden wir auch von Hunderten Millionen Euro. Es war für Sie überhaupt kein Problem, das zu beschließen.

(Tobias Reiß (CSU): Kommunale Pflichtaufgabe!)

Dann muss man einfach sagen: Wir verankern das jetzt im Nachtragshaushalt. Für den Rest der Mittel – es kann nicht alles auf einmal ausgeschüttet werden, weil die Mittel begrenzt sind – müssen halt Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht werden. Das haben wir in anderen Bereichen genauso gemacht. Das ist ein bewährtes Verfahren.

Ich betone: Der schnelle Kita-Ausbau muss weitergehen. Kein Deckel! Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege.

Johannes Becher (GRÜNE): Erlauben Sie mir noch eine persönliche Anmerkung. Ich erhalte gleich die Antwort von Kollegen Huber, der hier nach vielen Monaten sein Comeback gibt. Schön, dass du wieder da bist! Da gehörst du her!

(Allgemeiner Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege Becher. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Thomas Huber. Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

Thomas Huber (CSU): Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Herr Vizepräsident! Lieber Vorredner, danke für das herzliche Willkommen. Auch ich freue mich, dass ich wieder da bin.

Ich stelle fest, dass wir uns in einem einig sind: Die Kinderbetreuung ist für alle ein ganz zentrales Thema, auch für die bayerischen Familien und damit auch für uns im Bayerischen Landtag. Das eint uns. Deshalb sorgen wir von der CSU seit Langem und gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN seit Bestehen der Bayernkoalition dafür, dass sich der Freistaat auch für unsere Kinder tatkräftig engagiert. Er hat das mit dem Sonderinvestitionsprogramm umfänglich und in vorbildlicher Art und Weise getan.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, streng genommen ist die Kinderbetreuung eine rein kommunale Aufgabe. Ich glaube, das muss man an dieser Stelle noch einmal festhalten.

(Alexander König (CSU): Hört, hört! Daran kann sich mancher nicht mehr erinnern!)

Nichtsdestoweniger unterstützt der Freistaat Einrichtungen und Träger massiv; Zahlen haben meine Vorredner genannt. Ich wiederhole es zur Erinnerung: Der Freistaat Bayern investiert mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 sage und schreibe fast 3,7 Milliarden Euro in die Förderung nach dem BayKiBiG. Es geht eben nicht nur um die "paar Hundert" Millionen, zu denen wir uns gerade Vorhaltungen machen lassen mussten, weil der Topf leer ist. Es geht um den Betrieb der Kinderbetreuungsangebote und eine gute Betreuungsqualität, die wir als Freistaat Bayern unterstützen. Ich nenne nur das Stichwort Betriebskostenförderung; alle Kommunalpolitiker wissen, was das bedeutet.

Ich will nur darauf hinweisen, dass es im Jahr 2009, also vor zehn Jahren, noch rund 750 Millionen Euro waren. Man sollte die beiden Zahlen mal miteinander vergleichen: 750 Millionen Euro vor zehn Jahren, 3,7 Milliarden Euro heute.

Genauso sorgt der Freistaat seit Jahren dafür, dass mehr Plätze geschaffen werden – das sieht man an den Zahlen, die Sie gerade genannt haben –, damit der steigende Betreuungsbedarf gedeckt werden kann. Seit 2008 hat der Freistaat 922 Millionen Euro, also fast 1 Milliarde Euro, allein an Landesmitteln in den Ausbau der Kinderbet-

reuungsangebote investiert. Hinzu kommen rund 697 Millionen Euro Bundesmittel. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind wuchtige Beträge als freiwillige Leistung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aktuell haben wir das vierte Sonderinvestitionsprogramm, mit dem der Freistaat neue Kitaplätze für Kinder bis zur Einschulung fördert. Mit dem vierten Sonderinvestitionsprogramm erhöhen wir aber die allgemeine Förderung nach dem Finanzausgleichsgesetz

(Alexander König (CSU): Die es ohnehin gibt und schon immer gegeben hat!)

um 35 Prozentpunkte auf bis zu 90 % der förderfähigen Kosten.

Es gab bereits eine Förderung: Der Bund unterstützt. Wir haben aufgestockt und ausgeweitet. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir haben das Sonderinvestitionsprogramm in mehreren Schritten ausgeweitet und durch Landesmittel verstärkt, obwohl die Bundesmittel lediglich für knapp 30.000 Plätze ausgereicht haben – das sind die 178 Millionen Euro.

Wir haben das Ausbauziel zuletzt auf 50.000 Plätze hinaufgeschraubt. Aufgrund des hohen Ausbautempos und der großen Nachfrage in Bayern wurden die Ausbauziele natürlich auch sehr schnell erreicht. Das sind die Gründe, über die wir heute diskutieren.

Jetzt liegen Förderanträge der Kommunen für insgesamt rund 63.500 Plätze vor. Der Freistaat versucht in seiner Verantwortung, freiwillig die Kommunen zu unterstützen, um genau diese Förderanträge, die jetzt vorliegen, auch befriedigen zu können. Deswegen hat die Staatsregierung beschlossen, alle förderfähigen Anträge, die bis zum 31.08. dieses Jahres gestellt wurden, im Rahmen des vierten Sonderinvestitionsprogramms zu berücksichtigen. Es werden also allein im Rahmen des vierten Sonderinvestitionsprogramms insgesamt rund 63.500 Plätze auf den Weg gebracht, Herr Kollege.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Das sind mehr als doppelt so viele neue Plätze wie ursprünglich geplant.

Wir wollen das im Nachtragshaushalt entsprechend mit Mitteln hinterlegen. Es sind rund 262 Millionen Euro, die jetzt im Nachtragshaushalt eingeplant werden müssen. Das müssen wir dann auch hier im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutieren.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das ist ein weiteres klares Signal an die Familien in Bayern,

(Alexander König (CSU): Vor allem an die Kommunen, an die reichen Kommunen!)

das wir aussenden. Es macht auch deutlich, dass der Freistaat Bayern seine Kommunen, Herr Kollege, stärkt, mit ihnen Schulter an Schulter steht und wir die Aufgaben gemeinsam mit den Kommunen für die Menschen in Bayern lösen wollen.

Lassen Sie mich bitte zum Abschluss noch eines klarstellen. Wenn das vierte Sonderinvestitionsprogramm mit der Rekordzahl von 63.500 Plätzen endet, heißt das noch lange nicht, dass der Freistaat nicht auch weiterhin den Ausbau fördert. Weitere benötigte Plätze werden weiterhin im Rahmen des FAG gefördert.

(Alexander König (CSU): Genau das hat es hier schon immer gegeben!)

Dabei muss man einfach wissen, dass je nach Leistungsfähigkeit der Kommune die FAG-Förderung – die, wie wir alle wissen, als Orientierungswert im Durchschnitt bei 50 % liegt – im Einzelfall sogar bis zu 90 % der förderfähigen Kosten betragen kann.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich sage jetzt einmal: Die Aufregung ist unbegründet.

(Alexander König (CSU): Völlig unbegründet!)

Die Förderung geht auf einem hohen Niveau weiter – Stichwort: FAG –, auch wenn das vierte Sonderinvestitionsprogramm dann ausläuft.

Noch etwas, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen: Träger, Kommunen und Freistaat bauen die Plätze in der Kindertagesbetreuung massiv aus. Das ist wichtig. Genauso wichtig ist es aber auch, dass wir die gebauten Einrichtungen mit gut qualifiziertem Personal eröffnen können. Was hilft es, wenn wir jetzt bauen, bauen, bauen und dann die Kitas leerstehen, weil wir keine Fachkräfte haben?

Von daher bleibt bei aller berechtigten Zufriedenheit mit der Investitionskostenförderung – ich habe das Lob angenommen, und ich gebe es stellvertretend weiter – die Aufgabe, genügend gute Fachkräfte auszubilden und sie im Job zu halten. Das ist die große Aufgabe der Zukunft; das wird die Herausforderung der nächsten Monate und Jahre sein.

Deswegen finde ich es, liebe Frau Staatssekretärin, auch sehr gut, dass die Ministerin Kerstin Schreyer ein breites Bündnis für frühkindliche Bildung einberufen hat, das sich gerade auch diesem Thema vertieft annehmen wird. Der Freistaat hat bereits mit Maßnahmen – das wissen wir auch aus dem Fachausschuss – wie OptiPrax in der Ausbildung neue Wege beschritten und wird das auch sicherlich weiterhin tun. Ich will zum Abschluss deutlich sagen: Wir müssen uns auch über die Erzieherausbildung unterhalten und diese auf den Prüfstand stellen, uns Gedanken machen, wie wir diese künftig aufstellen können, um dem aktuellen Fachkräftebedarf zu begegnen, ohne aber an Ausbildungsqualität einzubüßen.

Heute können wir aber erst einmal feststellen, dass der Freistaat seine Zusagen aus dem Koalitionsvertrag – das waren 42.000 zusätzliche Plätze – nicht nur einhält, sondern diese mit der Förderung von insgesamt fast 63.500 Plätzen weit übertrifft und zusätzlich zum ursprünglichen Bundesprogramm über 30.000 Plätze mehr schaffen hilft. Deswegen lehnen wir die beiden Dringlichkeitsanträge ab. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit zu so später Stunde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Es liegt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Johannes Becher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vor. Herr Becher, Sie haben das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Lieber Herr Huber, zunächst habe ich sehr wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass wir jetzt über eine Ausbildungsreform, die wir schon lange fordern, diskutieren können. Um dem Fachkräftemangel begegnen zu können, wäre es aber auch gut gewesen, wenn man das Geld aus dem Gute-KiTa-Vertrag verwendet hätte; es wurde ja anderweitig verwendet.

Ich wollte aber zu den 63.500 Plätzen nachfragen: Ich gehe davon aus, dass das der Stand 31. August 2019 ist. Heute haben wir den 27. November, und seitdem sind weitere Anträge eingegangen, weil Sie, die Staatsregierung, die Antragsfrist bis zum 31. August 2020 verlängert haben. Dafür gibt es jetzt doch keine 35 % Sonderinvestitionsmittel. Wie viele Tausend Plätze sind es, die aufgrund dieser aktuellen Regelung alle quasi hinten herunterfallen? Warum hat man diese Frist eigentlich verlängert, wenn man schon in dem Moment, in dem man sie verlängert hat, wusste, dass man gar nicht so viel aufstockt, wie beantragt wurde?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Huber, Sie haben das Wort.

Thomas Huber (CSU): Ein Ziel war die Frist 31. August 2019. Das zweite Ziel war die 50.000-Begrenzung. Die 50.000-Begrenzung halten wir ein. Wir gehen jetzt sogar mit den 63.500 Plätzen darüber hinaus. Wir halten also das eine Ziel nicht nur ein, sondern überschreiten es sogar, um den Anträgen der Kommunen, die bis zum 31. August 2019 gestellt wurden, Rechnung zu tragen.

Seien Sie mir bitte schön nicht böse, aber ich kann Ihnen jetzt leider nicht die Zahl der Anträge nennen, die zwischen dem 01.09. und dem heutigen Tag noch gestellt wurden. Diese Zahl liegt mir nicht vor. Ich kann das also nicht beantworten, man kann das aber sicherlich nachliefern.

(Staatssekretärin Carolina Trautner: 450!)

– Wie viele sind es, Frau Staatssekretärin?

(Staatssekretärin Carolina Trautner: 450!)

– 450 Plätze. – Die Frau Staatssekretärin bestätigt die Zahl. Es sind 450 Plätze. Im Sonderinvestitionsprogramm, das gestern ausgeweitet wurde, geht es jetzt erst um die 63.500 Plätze, die bis zum 31.08. gestellt waren.

Ich halte fest: Wir liegen weit über den 50.000, die wir zugesagt haben. Man muss sich halt unterhalten: 450 Plätze sind 450 Plätze, aber sie gehen über die 50.000 hinaus. Es gibt eben bei Förderungen und Förderprogrammen

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ja, und 60 Sekunden sind 60 Sekunden. Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Thomas Huber (CSU): nicht nur Fristen, sondern auch "gedeckelte Töpfe". Diese muss man einhalten, und man muss sich darüber unterhalten, was man darüber hinaus machen kann.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Jan Schiffers. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Ich kann mich heute kurz fassen. Wir stehen dem Dringlichkeitsantrag der SPD positiv gegenüber.

(Alexander König (CSU): Da werden sie sich aber freuen!)

Das ist ein richtiger Antrag, ein wichtiger Antrag.

Das Thema Kita-Ausbau ist ein Zukunftsthema unseres Landes und ein Kernanliegen auch unserer Partei. Die Staatsregierung hat sich viel Zeit gelassen und musste häufig von verschiedenen Stellen ermahnt werden – vom Städtetag, von Oppositionsparteien. Es hat vieler Ermahnungen bedurft.

Wie wir jetzt durch die Pressemitteilung erfahren haben, hat die Staatsregierung mittlerweile gehandelt. Das ist zunächst einmal positiv zur Kenntnis zu nehmen. Dennoch bleibt festzuhalten: Der Kollege Adelt hat von Flickschusterei gesprochen. Ich würde damit übereinstimmen und sagen, dass für mich die Familienpolitik der Staatsregierung ein Stückwerk ist. Es wird von der Staatsregierung immer gerne betont, wie wichtig ihr die Familien, der Kita-Ausbau usw. usf. seien.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Aus meiner Sicht ist es allerdings gerade keine Familienpolitik aus einem Guss, sondern schlichtweg ein Stückwerk.

Man kann darüber spekulieren, warum das so ist. Es mag damit zusammenhängen – das ist zumindest mein persönlicher Eindruck –, dass unser Ministerpräsident Söder diese Themen nicht ganz oben auf seiner Liste hat. Er ist ja ein Mensch, der viele Aktivitäten entfaltet, zum Beispiel die Afrika-Strategie, die den Namen Strategie eigentlich gar nicht verdient. Er verbringt auch relativ viel Zeit damit, gegen eine demokratische Oppositionspartei Unwahrheiten und Fake News

(Alexander König (CSU): Was ist das für eine Dünnbrettbohrerrede?)

zu verbreiten.

(Beifall bei der AfD)

Ich komme zum Ende. Wir stimmen dem SPD-Antrag zu und lehnen den Antrag der GRÜNEN ab. – Herzlichen Dank für die geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächster Redner ist für die FREIEN WÄHLER der Kollege Johann Häusler. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin überrascht von der Sachkenntnis des Kollegen Schiffer. Das war jetzt wirklich explizit fachlich ausgedrückt. Respekt vor dieser nichtssagenden und faktenverleugnenden Situation! Mehr kann ich dazu nicht sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Keine Ahnung, genau so ist es!)

Sehr verehrter Kollege Klaus Adelt, lieber Johannes Becher, ich hätte mir eigentlich gedacht, dass ihr angesichts der Faktenkenntnis eure Anträge zurückzieht. Das wäre der richtige Weg gewesen,

(Zuruf von der AfD)

– Ja, Moment! Das Sonderinvestitionsprogramm war von 2017 bis 2020 befristet, aber das war genau auf die 42.000 Plätze festgelegt, die im Koalitionsvertrag stehen. Punkt. Das ist die Faktenlage, und man muss die Fakten auch kennen, wenn man darüber spricht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dann hat der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung auf 50.000 Plätze aufgestockt, und die Regierungen haben den Städten und Gemeinden überall gesagt: Bis zum 31. August können wir noch annehmen, dann ist das Kontingent ausgeschöpft. Darum sind ja zum Schluss so viele Anträge gekommen. Sie sind in den letzten Tagen gekommen, und in der letzten Zeit sind noch Anträge aufgestockt worden. Das ist die Faktenlage, die muss man zur Kenntnis nehmen. Frau Giffey hat – mich wundert, dass die SPD sie diskreditiert – in ihrer Pressemitteilung gesagt, dass in Bayern alles optimal laufe; besser als in Bayern könnte es nicht laufen. Bayern hätte die Familien gestärkt – die beste Voraussetzung. Ihr wettert gegen die eigene Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Das ist eine politische Aussage, die sich massiv verändert hat!)

– Moment! Wenn dann 63.500 Anträge da sind, und dann wird gesagt, jeder würde berücksichtigt, dann soll uns das jemand in irgendeinem anderen Bundesland einmal nachmachen. Ich denke, das ist doch die Faktenlage und nichts anderes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Sie schwadronieren!)

Was mich am meisten ärgert – ich sage das auch als kommunaler Vertreter –: Wir wissen alle, die wir hier sind, dass die Kommunen als Aufwandsträger zuständig sind; und sie so schlechtzureden, dass sie nicht in der Lage seien, die Anträge rechtzeitig zu stellen, das sollten erfahrene Landespolitiker nicht tun.

(Johannes Becher (GRÜNE): Das machen Sie, aber nicht wir!)

In diesem Sinne bleibt uns nichts anderes übrig, als Ihre Anträge abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, bleiben Sie noch am Rednerpult. – Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. Zunächst erteile ich das Wort dem – –

(Volkmar Halbleib (SPD): Die FREIEN WÄHLER waren zu Oppositionszeiten kommunalfreundlicher als jetzt!)

– Jetzt sind Sie gerade nicht dran. Der Abgeordnete Becher ist zu einer Zwischenbemerkung an der Reihe. Moment, Herr Kollege in der ersten Reihe! Ihre Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, dann kann alles vorgebracht werden. – Zunächst ist aber der Kollege Becher für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dran. Bitte.

Johannes Becher (GRÜNE): Die Faktenlage: Ich bin Fan der Faktenlage.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Darum habe ich sie ja dargestellt.

Johannes Becher (GRÜNE): Eben. Aber ich möchte Ihnen ja Ihre Faktenlage mal vorlesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

– Klatschen Sie nur! Aber es ist ja Ihre Staatsregierung. Am 3. September: Kabinettssitzung, Pressemitteilung – ich zitiere und bitte um Stellungnahme dazu –: "Außerdem wird die Antragsfrist um ein Jahr bis 31. August 2020 verlängert." – Bis 31. August 2020!

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Anfang August 2019 ist ein "Beruhigungsschreiben" herausgegangen: Ihr habt Zeit, denn wir werden diese Antragsfrist verlängern und aufstocken und das im Nachtragshaushalt verankern.

Aufgestockt haben Sie, das stimmt, das habe ich nie bestritten – zu wenig im Verhältnis zu den Anträgen, die vorlagen. Aber Sie haben die Frist um ein Jahr verlängert,

und jetzt frage ich Sie in Kenntnis der Faktenlage: Was sagen Sie denn einer Kommune? Sie haben jetzt eine Antragsfrist, die immer noch nicht ausgeschöpft ist; aber die Kommune kann sich nicht mehr bewerben, weil das Geld schon weg ist, aber sie

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Johannes Becher (GRÜNE): hat sich darauf verlassen, dass sie sich noch bewerben kann. Das ist die Faktenlage, Herr Kollege.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Johannes Becher, ich war der Meinung, du hast zugehört. Wenn du zugehört hättest, müsste ich es dir nicht noch einmal erklären; aber ich erkläre es dir sehr gerne noch einmal.

(Johannes Becher (GRÜNE): Danke!)

Ich habe gesagt, dieses Sonderinvestitionsprogramm war für 2017 bis 2020 angelegt. Es stimmt, was du gesagt hast. Zu dem Zeitpunkt der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten waren 42.000 Plätze angemeldet, 42.000! Und dann hat man das nach meiner Kenntnis auf 50.000 aufgestockt, und dann haben die Regierungen – jetzt sind wir genau dort – den Kommunen überall gesagt, dass es jetzt ausläuft. Warum? Weil wir diese Anzahl von 50.000 Plätzen erreicht hatten, und dann waren es aber 63.500, und dann hat man nicht 50.000 gefördert, sondern 63.500. Jede Kommune in Bayern hat das gewusst, die bei der zuständigen Regierung nachgefragt hat. Das ist die Faktenlage, und diejenigen, die sich damals noch nicht rechtzeitig beworben haben – man sieht jetzt, wie viele übrig geblieben sind –, sind jene, die es anscheinend nicht ernst genommen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): Das erklären Sie mal den Kommunen!)

– Ich kann das den Kommunen erklären.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich der Abgeordneten Doris Rauscher, SPD-Fraktion, das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Herr Kollege Häusler, zunächst einmal: Verdrehen Sie doch hier bitte nicht die Gesamtgemengelage und das Thema, um das es eigentlich geht, und lassen Sie vor allem Franziska Giffey heraus. Denn in diesen Dringlichkeitsanträgen geht es um die Versprechungen, die die Staatsregierung hier in Bayern gemacht hat, und Sie sind doch diejenigen, die es nicht wirklich fein mit den Kommunen meinen. Sie lassen sie doch im Regen stehen.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie kriegen ja das Geld!)

Ich kann doch nicht ankündigen: Ihr bekommt eine Finanzierung. Die Kommunen gehen in die Finanzierungsplanung, die für viele tatsächlich eine große Herausforderung bedeutet, und dann heißt es: Pech gehabt, der Topf ist leer. Wir erwarten schon eine gewisse Verlässlichkeit für die Kommunen. Es spricht Ihnen ja niemand ab, dass die Förderung durch ein Sonderinvestitionsprogramm wirklich hoch und gut war, aber man muss dann auch bei den Versprechungen bleiben und als verlässlicher Partner an der Seite der Kommunen stehen. Genau dort haben wir eingehakt, denn dieses Versprechen haben Sie einfach nicht in der Form umgesetzt, wie es abgegeben war.

(Beifall bei der SPD)

Da brauchen Sie keinen Schwenk nach Berlin und zu Frau Giffey zu machen. Hier geht es um Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Rauscher, ich bleibe immer gern bei den Fakten und will sie auch Ihnen noch einmal erläutern: Wir sind alle Haushaltsgesetzgeber, wie wir hier sind. Wir haben einen Haushalt verabschiedet, und darin – liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann es Ihnen genau vorlesen – waren 36 Millio-

nen Euro enthalten, und 62 Millionen Euro waren noch als Verpflichtungsermächtigung drin. Das sind insgesamt 98 Millionen Euro. Wir haben jetzt noch einmal 262 Millionen Euro auf die Verpflichtungsermächtigung im Haushalt draufgesetzt. Das sind die Fakten. Das ist das Dreifache dessen, was im Haushalt war; das muss man einmal sehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

– Moment, jetzt bin ich dran. – Jetzt sagen Sie, wir wären nicht verlässlich. Was schreibt denn Frau Giffey? Ich lese es Ihnen einmal vor:

> "[…] wird es Familien mit kleinem Einkommen möglich, sich die Kita für die Kinder leisten zu können. So machen wir nicht nur Kinder, sondern auch alle Familien in Bayern stark."

Das hat Frau Giffey gesagt, mit 178 Millionen Euro Anteil, und wir legen – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Häusler, auch für Sie dauert die Minute nicht länger als 60 Sekunden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Okay, aber ich glaube, das dürfte genügend Erklärung gewesen sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächste Rednerin ist für die FDP-Fraktion die Abgeordnete Julika Sandt. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade im September hat die Staatsregierung die Zahl der Kitaplätze erhöht. Gestern erfolgte die nächste Ankündigung – frei nach dem Motto: Wer kleine Häppchen serviert, hat öfter etwas zu feiern. Nun will die SPD auch einmal kräftig feiern,

(Volkmar Halbleib (SPD): Feiern Sie mit!)

tischt ganz kräftig auf und will 30.000 Plätze. Der Bedarf liegt laut Städtetag bei 15.000. Die GRÜNEN wollen das noch toppen und verzichten komplett auf eine Begrenzung. Wir sagen: Kitaplätze ja, aber nicht planlos, ziellos, konzeptlos. Wir teilen das Grundanliegen, Kitaplätze auszubauen; aber hier ist eine Enthaltung zu diesen beiden Anträgen ein wohlwollendes Votum. Denn das Wichtigste ist doch: Wenn man den Ausbau von Kitaplätzen fordert, dann muss dieser doch – ich höre immer wieder, dass Kitas leerstehen, weil einfach die Erzieher fehlen – mit der Ausbildung und Anwerbung von Erzieherinnen und Erziehern einhergehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ist das Ihre Haltung zu dem Antrag? Das kann doch nicht wahr sein!)

Wir brauchen vor allem mehr Ausbildungsstellen in diesem Beruf. Ich hatte in der letzten Woche eine Besuchergruppe der Fachakademie für Erzieher zu Besuch, die vor allem moniert haben, dass sie sich während der Ausbildung immer schon hoch verschulden. Es gibt das Projekt OptiPrax, bei dem jeder sagt: Es ist eigentlich toll, aber es ist leider nur ein Modellprojekt, das nicht in die Fläche geht. In Nordrhein-Westfalen gibt es ein solches Konzept des FDP-Ministers. Dabei geht es um die duale verkürzte Erzieherausbildung. Es wird gut angenommen. In Baden-Württemberg ist eine solche Ausbildung bereits in die Fläche gebracht und evaluiert worden, und man hat gesehen und kann nachlesen, dass die Qualität der Ausbildung dadurch eindeutig verbessert wurde – und das ist der Punkt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist Themaverfehlung!)

Man konnte neue Personengruppen gewinnen. Nein, man muss es zusammen denken und kann nicht einfach nur Stückwerk machen. Man muss wirklich ein Gesamtkonzept haben. – Es ist Themaverfehlung, Stückwerk zu machen, sondern man muss wirklich ein Gesamtkonzept haben. Man muss den Ausbau von Plätzen mit einer Ausbildungsoffensive zusammen denken.

(Beifall bei der FDP)

Denn das Personal in den Kitas ist die Voraussetzung für eine gute frühkindliche Bildung, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ohne gut ausgebildete Erzieher können Sie auch noch 60.000 Plätze schaffen, die dann einfach wirkungslos verpuffen.

(Beifall bei der FDP)

Unruhe

(Volkmar Halbleib (SPD): Themaverfehlung!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Ich darf Sie insgesamt darum bitten, etwas ruhiger zu sein. Als Vertreterin der Staatsregierung spricht nun noch die Staatssekretärin Frau Trautner. Frau Staatssekretärin, Sie haben das Wort.

Staatssekretärin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wiederhole ungern alles, was schon gesagt wurde. Aber vielleicht kann ich doch noch zur Klärung beitragen, indem ich den strittigen Punkt mit der Fristverlängerung und den 50.000 Plätzen aufgreife. Fakt ist, dass es verknüpft war. 50.000 Plätze waren mit dem Datum 31. August 2020 verknüpft. Wenn die 50.000 Plätze vorher erreicht sind, ist die Frist obsolet. Das war so verknüpft. Das können Sie auch im Protokoll nachlesen. Es wurde immer so kommuniziert.

Man kann jetzt sagen: Okay, jetzt sind plötzlich Anfang September die 50.000 Plätze beschlossen worden, und dann stellt sich heraus: Es war sehr viel mehr. Das hat uns wirklich auch erstaunt; das gebe ich zu. Es war ein Riesenboom in den letzten sechs Wochen. Über 31 % der Anträge sind in diesen Wochen gestellt worden. Wir haben bei den Regierungen nachgefragt: Die müssen sichten, die müssen schauen, ob die Anträge so förderfähig sind. Uns hat diese Zahl auch überrascht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Absehbar war das!)

Es waren dann letztlich bis zum 31. August dieses Jahres 63.500. Wir haben gesagt: Wir machen das; für alle bis zum 31. August eingereichten Anträge gibt es eine Förderung, so sie denn förderfähig sind.

Vorhin haben Sie danach gefragt, was eingegangen ist. In der Zeit vom 1. September 2019 bis zum 22. November 2019 sind noch 13 Anträge über rund 450 Plätze eingegangen. Man sieht also, nach diesem 31. August ist eine Sättigung eingetreten. Damit können wir sagen: Auf den letzten Metern der ersten Frist ist von den Kommunen noch sehr viel beantragt worden. Das wollte ich zur Klärung beitragen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zu dem großen Ganzen möchte ich auch betonen, dass der Freistaat hier eine großartige Leistung erbringt. Er lässt die Kommunen wirklich nicht im Regen stehen. Und ich bin davon überzeugt, dass hier die kommunale Aufgabe erfüllt werden muss; wir wollen alle die Kinderbetreuung. Wir haben dazu gut beigetragen; der Kollege Huber hat das ausführlich dargestellt. Es bleiben immer noch die FAG-Mittel. Die Kommunen stehen nicht ohne Förderung da. Die FAG-Mittel werden selbstverständlich weiter fortgeführt. Je nachdem, wie finanzstark die Kommunen sind, kann so eine FAG-Förderung bis zu 90 % betragen. Insofern bleiben unsere Kommunen uns nach wie vor wichtig. Wir unterstützen sie weiterhin. Und natürlich brauchen wir auch die Fachkräfte, die unsere Kinder betreuen können. Auch das wurde schon ausgeführt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Staatssekretärin, es liegt eine Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Johannes Becher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Ein letztes Mal: Sie haben zum 31. August 2019 Anträge über 63.500 Plätze vorliegen. Sie erhöhen am 3. September auf 50.000, obwohl Anträge über 63.500 vorliegen, und verlängern mit einer Antragsfrist bis zum 31. Au-

gust 2020, in der sich niemals jemand bewerben kann, weil das Programm sowieso schon überzeichnet ist. Da muss ich mich doch fragen: Warum machen Sie das in der Kabinettssitzung am 3. September, wenn am 31. August schon so viele Anträge vorlagen? Das ist das Erste.

Das Zweite: Sie sagen, jetzt kommen gar nicht mehr so viele Anträge. Das spricht dafür, dass wir den Deckel auch weglassen können, dass gar keine ausufernden Kosten mehr auf uns zukommen, sondern dass jetzt peu à peu einfach weiter gefördert werden kann. Insofern spricht das für unseren Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Staatssekretärin, bitte.

Staatssekretärin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Ich dachte, ich hätte es hinreichend erklärt, lieber Kollege. Wenn wir am 3. September gewusst hätten, dass es Anträge über genau 63.500 Plätze sind, dann wäre die Beschlusslage eine andere gewesen. Ich habe es versucht zu erklären. Es war nach einem Wochenende. Die Regierungen haben uns die konkreten Zahlen so nicht melden können. Das hat sich jetzt im Nachhinein – –

(Volkmar Halbleib (SPD): Das hört sich nach Blindflug an, Frau Kollegin! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ach, Quatsch! Das ist doch bloß ein krampfhaftes Argumente-Suchen! – Tobias Reiß (CSU): So ein Quatsch!)

– Nein, das ist kein Blindflug. Wir haben das abgefragt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Blindflug!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Halblaut, jetzt geben Sie mal Ruhe.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Frau Staatssekretärin, Sie haben das Wort.

Staatssekretärin Carolina Trautner (Familie, Arbeit und Soziales): Ich darf das noch mal ausführen: Wir haben es abgefragt. Wir haben bis Ende August die ganz genauen Zahlen nicht vorliegen gehabt. Wir haben gewusst, es wird knapp. Wir haben 50.000 Plätze beschlossen, im Glauben, dass es bald knapp wird, aber dass sie noch locker ausreichen. Im Nachhinein, wie die Regierungen ihre Anträge sortiert haben, hat sich herausgestellt, dass die Zahl jetzt schon viel höher liegt. Deswegen haben wir noch mal nachgebessert.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Genau das ist die Beschreibung von Blindflug! Das ist die Beschreibung! – Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Staatssekretärin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Ich möchte hierzu um etwas mehr Ruhe im Haus bitten.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/4951 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU sowie die beiden Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Stimmenthaltungen! – Die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Der Dringlichkeitsantrag ist hiermit abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/4970 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD sowie die Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos).

(Zurufe: Enthaltungen!)

– Bitte? Stimmenthaltungen, sehr gut. Es gibt Momente in einer Sitzung, in denen man darauf achten muss, dass man die Aufmerksamkeit hochhält. – Bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion ist der Dringlichkeitsantrag damit abgelehnt.